



„Vivaldi“, eine atomwaffenfreie Koalition?

14. Oktober 2020

www.endederatomkraft.be

info@findunucleaire.be

+32.(0)4.277.06.61

„Der gesetzliche Zeitplan für den Atomausstieg wird wie geplant eingehalten“. Ende November 2021 wird ein Bericht erstellt. Wenn er „zeigt, dass es ein unerwartetes Problem der Versorgungssicherheit gibt, wird die Regierung geeignete Maßnahmen ergreifen, wie die Anpassung des gesetzlichen Zeitplans für bis zu 2 GW Kapazität“.

Dies lesen wir im Bericht der Former der neuen Regierung vom 30. September 2020, die von einer Koalition aus sieben Parteien, bekannt als „Vivaldi“, gebildet wurde. Diese Formulierung erinnert an das Atomausstiegsgesetz von 2003, in dem vereinbart wurde, die sieben Reaktoren von 30 auf 40 Jahre zu verlängern und gleichzeitig ihre Abschaltung am Ende dieser 40 Jahre "sicherzustellen", eine Abschaltung, die ähnlich wie im Vivaldi-Bericht formuliert ist. Wir wissen, was passiert ist: Angesichts der Laxheit der aufeinander folgenden Regierungen führte dieses Gesetz von 2003 zu einer 10-jährigen Verlängerung des Reaktors T1 im Jahr 2012 unter der Regierung Di Rupo und der Reaktoren D1 und D2 im Jahr 2015 unter der Regierung Michel.

Natürlich ist der energiepolitische Kontext heute ein ganz anderer als 2003, lassen Sie uns einige Elemente untersuchen:

- Seit 2012 hat die Atomindustrie immer wieder ihre Unzuverlässigkeit unter Beweis gestellt. Tatsächlich ist die Nutzungsrate von 90-94% vor 2012 auf durchschnittlich 70% gestiegen (1999 lag sie bei 94%). Es sei daran erinnert, dass die Kernenergie Vorrang vor allen anderen Sektoren hat und dass die Reaktoren selbst bei einer Überschussproduktion, z.B. durch Abschaltung von Offshore-Windturbinen oder Verkauf mit Verlust auf dem internationalen Markt, immer mit der derzeit maximalen Kapazität produzieren.
- Weder der Ausbau von zwei Reaktoren im Jahr 2025 noch das CRM¹ ist eine absolute Notwendigkeit, wie sie im CREG²-Memorandum vom 9. Juli 2020 dem Ausbilder der Bundesregierung zur Kenntnis gebracht wird. Konkret wurde dies daran deutlich, dass vom 1. September bis zum 15. Dezember 2018 die Kapazität der Kernkraftwerke 2 GW und ab dem 14. Oktober für einen Monat nicht einmal das GW (1 einzelner Reaktor in Betrieb) überschritt, dass Belgien aber zu keinem Zeitpunkt von einem Blackout oder gar Teillastabwurf bedroht war. Besser noch, die Reservekapazität betrug zu allen Zeiten mindestens 3,7 GW, davon fast die Hälfte inländische Kapazität: Belgien hätte also während dieses gesamten Zeitraums auf alle Reaktoren verzichten können.
- Diese Notwendigkeit der Erweiterung und/oder der CRM basiert auf der Angemessenheitsstudie³ des Übertragungsnetzbetreibers (Elia) von 2019, die leider im Jahr 2020 nicht aktualisiert wurde, um ihre Verzerrungen zu korrigieren, trotz des Wunsches von Mitgliedern der Bundesverwaltung und der politischen Parteien⁴.

¹ CRM : Kapazitätsausgleichsmechanismus, ein Mechanismus zur Subventionierung des Baus neuer gasbefuerter Kraftwerke. Das belgische MRC, das langsam ausgeheckt und vom früheren Energieminister in Frage gestellt wurde, muss noch von der Europäischen Kommission genehmigt werden, was voraussichtlich noch etwa ein Jahr dauern wird. Natürlich könnte die belgische Regierung beschließen, im Notfall nicht auf die Kommission zu warten (der Bau eines neuen Gaskraftwerks sollte etwa 3 Jahre dauern).

² CREG : Commission de Régulation de l'Électricité et du Gaz, die föderale Agentur für die Regulierung des Elektrizitäts- und Erdgasmarktes in Belgien.

³ Anpassung der Stromversorgungskapazität an die Nachfrage.

⁴ Elia, der Betreiber des belgischen Hochspannungsnetzes (30.000 bis 400.000 Volt), ist ein Privatunternehmen mit einem Nettogewinn von 216,6 Millionen Euro im Jahr 2017 (Belgien und Deutschland). Ist es nicht überraschend, dass dieses private Unternehmen gegenüber der CREG den Vorrang hat, die Regierung in diesen Planungsfragen zu beraten, wie während der gesamten vorangegangenen Legislaturperiode unter Ministerin Marghem deutlich wurde?

- Die Entscheidung, im November 2021 zwei Reaktoren zu verlängern, käme zu spät, so Engie, der sich auf die 18 bis 24 Monate beruft, die für die Durchführung der Umweltverträglichkeitsstudie⁵ erforderlich sind, gefolgt von 30 bis 36 Monaten, um einen Reaktor für eine Verlängerung vorzubereiten, sowie auf die Folgenabschätzung und die Arbeiten, die vor dem Datum der im Gesetz von 2003 vorgesehenen Abschaltung (1. Juli 2025 für D4 und 1. September 2025 für T3)⁶ durchzuführen sind, was einen Gesamtzeitraum von 4 bis 5 Jahren ergibt. Man könnte meinen, dass Engie einen schlechten Willen hat und die belgischen Reaktoren endlich loswerden möchte: In der Tat hatte Isabelle Kocher, Engies damalige Nummer 2, im Juni 2018 versucht, sie an EDF zu verkaufen, dieses „Nest von Schwierigkeiten für Engie“, wie ein französischer Branchenführer sie beschrieben hatte⁷. Aber einerseits hatte Engie um eine klare Position zur Verlängerung vor Ende 2020 gebeten, und andererseits könnte die Frist durchaus länger sein als gesagt, wenn man die Appelle berücksichtigt, die nach der Folgenabschätzung gemacht werden könnten, was die Mission von nun an unmöglich zu machen scheint. Dies kann nur von denen begrüßt werden, die erkannt haben, dass es nicht möglich ist, die Stromversorgung des Landes auf der Grundlage von Reaktoren zu sichern, die Jahr für Jahr ihre Unzuverlässigkeit unter Beweis stellen, und dass es wirtschaftlich und energetisch ein Irrweg ist, die Lebensdauer veralteter Reaktoren, die weit über ihre ursprüngliche Lebensdauer hinausgehen, zu verlängern⁸. Ganz zu schweigen von dem Risiko, das angesichts eines keineswegs unwahrscheinlichen Unfalls und der ungeklärten Entsorgung von hochaktiven und langlebigen Abfällen besteht.
- Nicht zuletzt ist die neue Energieministerin, Tinne Van der Straeten, Mitglied der flämischen Grünen Partei (Grüne). Würden die Grünen und die Grünen im Jahr 2025 von einer Erweiterung um zwei Reaktoren ausgehen, auf die Gefahr hin, dass ihre Wähler sie zahlenmäßig aufgeben?

Wie heute jeder weiß, ist ein starkes Programm zur Einsparung von Energie, insbesondere von Elektrizität, und nicht erneuerbaren Ressourcen unerlässlich, um die Klimaziele zu erreichen und sich auf künftige Engpässe vorzubereiten. Doch es ist der Stiefvater der neuen Regierung, der z.B. den Einsatz von 5G vorantreiben will, was zu einem Anstieg des Stromverbrauchs des Landes um mehr als 2 Prozent, aber auch zu einem erheblichen Anstieg des Verbrauchs anderer Energieressourcen und Metalle führen wird⁹ („Die Bundesregierung wird die Versteigerung von 5G so bald wie möglich organisieren“, Seite 70 des Trainerberichts). Es ist möglich, dass die endgültige Abschaltung der Reaktoren im Jahr 2025 erfolgt, aber es ist sicher, dass diese Regierung das Land auf einen Weg verpflichtet, den immer mehr Bürger als Sackgasse betrachten.

Francis Leboutte

⁵ Im Gegensatz zu früheren Reaktorverlängerungen wird sich die Regierung nach dem Urteil des Europäischen Gerichtshofs im Jahr 2019 über die Erweiterung der Reaktoren D1 und D2 dieser Folgenabschätzung im Einklang mit dem Espoo-Übereinkommen über die Umweltverträglichkeitsprüfung im grenzüberschreitenden Rahmen und dem Aarhus-Übereinkommen über die Beteiligung der Öffentlichkeit in Umweltangelegenheiten nicht mehr „entziehen“ können.

⁶ Am Rande sei angemerkt, dass diese Arbeit den Auslastungsgrad der Reaktoren weiter senken wird.

⁷ *Le Canard Enchaîné* vom 26. September 2018.

⁸ Die Lektion des Reaktors D1 war nicht genug: Im April 2018, nach der Verlängerung seines Betriebs von 40 auf 50 Jahre, wurde dieser Reaktor wegen eines Lecks im primären Kühlwassersystem für 11 Monate abgeschaltet, ein "Zwischenfall", der schwerwiegende Folgen hätte haben können.

⁹ «Auswirkungen des 5G-Einsatzes auf den Energieverbrauch und das Klima», *Kairos* n° 46, octobre 2020 (auf Französisch).